

# Die Baugewerkschaft

## Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstr. 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Pf. (ohne  
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Pf.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pf.

Nummer 47.

Berlin, den 24. November 1907.

8. Jahrgang.

### Inhaltsverzeichnis.

Der Wiederbeginn der parlamentarischen Aktion. —  
Lohnverhältnisse und Bauarbeiter in Bayern. —  
Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten. —  
Wirtschaftliche Bewegung. — Bezirksnachrichten. —  
Wirtschaftliche Bewegung. — Sozialpolitisches. —  
Anzeigen.

### Der Wiederbeginn der parlamentarischen Aktion.

Am 22. November tritt der Reichstag wieder zusammen. Ohne Zweifel stehen wir vor einem wichtigen Abschnitt gesetzgeberischer Aktion. Neue Steuervorlagen werden kommen; die im vorigen Jahre zur Einführung gelangten Steuern haben den an sie gestellten Erwartungen nicht entsprochen. Der Finanzminister befindet sich in einer höchst unangenehmen Situation, da es an geeigneten Steuerobjekten mangelt, d. h. wenigstens soweit, als sie der Regierung angenehm wären. Ohne Zweifel kommt eine Vorlage über ein Rohspiritusmonopol, welches, wenn es angenommen wird, der Vorläufer von dem endgültigen Staatsbrennweinmonopol sein wird. Eine weitere Besteuerung des Tabaks soll, wie man redet, gleichfalls geplant sein. Gefeßt wird die Steuerfrage erst dadurch, als wir uns in absteigender Konjunktur befinden und daher jede weitere Belastung doppelt empfindlich wirkt. Dazu die Gärung durch den § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes.

Möglich ist ja, daß die Steuerangelegenheit noch um ein Jahr hinausgeschoben wird, und durch eine weitere Reichsanleihe die bestehenden Lächer vorläufig verstopft werden. Das kann aber auch nur vorläufig sein; die vorgesehene Erhöhung der Beamtenegehälter bringt eine fortlaufende Ausgabe mit sich, eine neue Flottenvorlage wird kommen usw. Ein gesundes Finanzwesen muß aber die ewigen Nummernreden zu vermeiden suchen. Nur die Frage: Wer soll die neuen Steuern bezahlen? Jeder wehrt sich dagegen. Angesichts der noch täglich steigenden Lebensmittelpreise und der Konjunkturbedingungen, muß die Arbeitererschaft jede weitere Erhöhung ablehnen. Wir sind durchaus nicht abgeneigt, zu den Kosten des Staates, an dessen Vorteilen wir teilnehmen, auch unsern Anteil beizutragen. Im Gegenteil: Wir erziehen unsere Mitglieder dazu, daß Rechte auch Pflichten gegenüberstehen. Verlangen müssen wir aber eine gerechte Verteilung der Steuern, und daran hapert es eben.

Wir betreten nun das Feld der Sozialpolitik. An Aufgaben fehlt es da nicht. Die „Sozialpolitische Rundschau“ flüxt dieselben kurz dahin:

Zunächst wird ein Gesetzentwurf, betreffend den zehnstündigen Maximalarbeitsstag, den Reichstag zu beschäftigen haben. Nur die Frauen sollen, wie bis jetzt feststeht, von dieser obligatorischen Arbeitszeitverkürzung erfasst werden. Dazu ist zu bemerken, daß auch für die männlichen Fabrikarbeiter die gleiche Bestimmung durchaus am Platze wäre. Die wirtschaftliche Entwicklung ist hier wie auf so manchem anderen Gebiete dem langsamen Gange der Gesetzgebung vorausgeeilt. Für die überwiegende Zahl auch der Männer bildet heute bereits die zehnstündige oder auch kürzere Arbeitszeit die Regel; die Industrie hat vollauf Zeit gehabt, sich auf die allgemeine Einführung des zehnstündigen Tages vorzubereiten, so daß ernste Produktionsstörungen nicht befürchtet zu werden brauchten. Wie der Gesetzentwurf im Einzelnen beschaffen sein wird, ist ungewiß. Eine Version lautet, daß nicht der zehnstündige, sondern der sechsstündige Arbeitstag mit einer Maximalgrenze von acht Stunden am Tag außer Sonntags in Aussicht genommen sei. Wir halten sie zunächst für unzureichend, erwarten aber, daß, wenn sie der Wahrheit entsprechen sollte, der Reichstag sich auf eine derartige Lösung, die in Wirklichkeit keine sein würde, unter keinen Umständen einläßt.

Das Verbot der Frauennachtarbeit wird gemäß den Bestimmungen der Berner Konvention gesetzlich festgelegt werden. Die Frage der Heimarbeit dürfte nach den Bestimmungen des Grafen Posadowsky vor seinem Amtsantritt nunmehr ebenfalls in Angriff genommen werden. Ein Gesetzentwurf betreffend die Zigarrenhausarbeit ist schon fertig. Hier wird es sich im wesentlichen darum handeln, reichsgesetzlich gewisse allgemeine Bestimmungen wie über hygienische Anforderungen an die Arbeitsräume, Anmeldepflicht, Lohnzahlung, Ausbezahlung der Gewerbesteuern, festzulegen. Gerade der letzte Punkt muß ernsthaft ins Auge gefaßt werden. Alle detaillierten Bestimmungen aber müssen angesichts der so verschiedenenartigsten Verhältnisse den Verwaltungsregeln überlassen bleiben.

Die Einführung gesetzlicher Interessenvertretungen der Arbeiter in Gestalt von Arbeitsämtern wurde bereits für die vorige Tagung erwartet. Die besondere Gestaltung der Ver-

hältnisse hat sie hintangehalten. Unsmehr müssen wir erwarten, daß die kommende Session sie uns beschert. Die Februar-erlasse von 1890 haben sie zuerst verheißt. Seither hat sie der Reichstag fast in jeder Session mit überwiegender Mehrheit gefordert. Am 30. Januar 1904 hat Graf Posadowsky die Bereitwilligkeit der Regierung ausgesprochen, am 11. April 1907 hat er die geforderten Klammern erneut angefügt. Zurzeit unterliegt die Vorlage unseres Wissens kommissarischer Beratung. Es muß dringend gefordert werden, daß diese soweit gedeiht, um die Verabschiedung des Gesetzes in der bevorstehenden Tagung zu ermöglichen. Die prinzipiellen Schwierigkeiten sind bei gutem Willen zu überwinden. Die entscheidungsmächtige Tätigkeit der Gewerbe gerichte hat bereits Institutionen geschaffen, die nur der gesetzlichen Regelung bedürfen, um den geforderten Ansprüchen zu genügen. Es kommt im wesentlichen nur auf den guten Willen der Regierung an.

Eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes ist angekündigt und eine diesbezügliche Vorlage wird der Reichstag bei seinem Zusammentritt vorfinden. Diese Reform könnte sich ausdehnen zu einer freihetlichen Ausgestaltung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, die seit vollen 40 Jahren in dieser Beziehung unter einem Ausnahmezustand stehen. Die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung schweben noch immer als Damoklesschwert über ihren Häuptern. Selber sind die Ansichten nach dieser Richtung hin nicht sehr tröstlich; mit geradem ängstlicher Vorsicht wird dieser Punkt in allen Rundgebungen der Regierung verurteilt. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind gewichtige Machtfaktoren geworden: Ein großzügiges Koalitionsrecht wird sie weiter stärken, aber auch ihre Kräfte, die heute noch zum großen Teil im Kampf um ihre Freiheit aufgewendet werden müssen, in ruhigerer Bahnen lenken und ihre Einordnung in unser Wirtschaftssystem erleichtern.

Die Reform der Arbeiterversicherung bildet eine weitere hochbedeutende Aufgabe, an deren Lösung der kommende Reichstag mitzuarbeiten beschließt, sowie Wähler und Käufe in der Wahl zu haben, und wurde dem Kassierer Entlastung eilt. Im Punkt Verschiedenes wurde auf die Handlungswelt des Politikers, eines ehemaligen entragten Genossen, hingewiesen, der es in bezug des Bauarbeitergesetzes sehr mangelhaft. Beschränkt sich ein Geselle deswegen, so steigt er hinaus, unpraktisch hat er es auf die Christlichen abgesehen, und ist sie bei dem Unternehmer als nicht leistungsfähig hindeutenfalls kommt noch einmal der Zeitpunkt der Abrechnung, in der Aufzählung zu regerem Vernehmlichungsbesuch und eifrige Agitation erfolgte das Ende der Tagung.

Stuttgart. Am 1. November hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Dieselbe hätte besser sein können. Aus dem erstatteten Berichte war zu erkennen, daß die Verwaltungsstelle gewachsen und der Vorstand die rührige Tätigkeit entfaltet hatte. Diese Miße wurde freilich ganz gut belohnt, denn von den über 2000 hier arbeitenden Bauhandwerkern ist bis heute nur ein kleiner Teil christlich organisiert. Wohl würde sich mancher Kollege gern uns anließen, jedoch der Terrorismus der „Freien“ hält sie davon ab. Es wurde beschlossen den Wochenbeitrag um 5 Pf. zu erhöhen; voriges Jahr wurde er um 10 Pf. erhöht. Der vorjährige Winterbeitrag wird auch diesen Winter zugunsten der Kasse erhoben. Dem Vorstand wird eine kleine Entschädigung währte. Dieselbe kann der Kasse, aus welcher sie erhoben wird, belassen werden. Der Vorstand forderte die Kollegen dringend auf, in der Agitation nicht zu erlahmen und den Gewerkschaftsunterrichtsstunden fleißig zu besuchen. Einmütig wurde die heutige Vorstand wieder erwählt. An der Versammlung teilte sich auch der Vorstand von Tansbach, der die gleichen Schlüsse für seine Verwaltungsstelle aufnahm.

Sturum. Am Samstag, den 2. November, hielt unsere Zahlstelle ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Dieselbe te sich seit länger Zeit wieder einmal eines guten Besuches zu erfreuen. Zunächst erstattete Koll. Niebel den Bericht von der 27. Oktober in Duisburg stattgefundenen Bezirkskonferenz. Amtliche Kollegen waren in der Diskussion mit den Ausführungen des Kollegen Niebel einverstanden. Besonders wurde betont, daß die Sturmer Kollegen dem Generalversammlungsbesuch, den die Sturmer Kollegen dem Generalversammlungsbesuch, bis jetzt nachgekommen seien.

### Lohnverhältnisse und Bauarbeiter-Schutz im Baugewerbe Bayerns.

I.

Mehr „Schutz für Leben und Gesundheit“. Das dürfen und müssen mit Recht in weitaus größerem Maße die Maurer und Zimmerer, Steinarbeiter, Bauhilfsarbeiter usw. in Bayern für sich in Anspruch nehmen, als das bisher in vielen Fällen gesehen ist. Dies bestätigen uns u. E. Zeugen, die kaum im Verdacht stehen, die Verhältnisse der bayerischen Arbeiter vom „einseitigen“ Arbeiterstandpunkte aus zu betrachten. Die von uns angerufenen Prozeugen sind die „Verwaltungsberichte der bayerischen Gewerbe-Vereinsgenossenschaft“ und die „Bayerischen Gewerbeinspektionsberichte“.

Der Verwaltungsbericht pro 1906 der B. V. G., welcher der Generalversammlung der gen. Vereinsgenossenschaft, die Mitte Oktober cr. stattfand, vorgelegt wurde, der nebenbei bemerkt, sehr gedrängt ist, hat ebenso wie seine Vorgänger, wenn vielleicht auch ungewollt, den Vorteil, einigermaßen in die Lohnverhältnisse und Unfallgefahren des bayerischen Bauarbeiters hineinzuweisen. Die dabei erzeugten Reflexe sind jedoch keine rosigten. Auf ein von Dr. Böhrer herausgegebenes vorzügliches Werk über den Bauarbeiter-Schutz in Bayern, kommen wir gelegentlich zurück.

Verleihen wir die in den Verwaltungsberichten pro 1904, 1905, 1906 der B. V. G. enthaltenen nachgewiesenen Lohnsummen und die dabei in Betracht kommenden Voll- bzw. Durchschnittsarbeiten, so ergibt sich in bezug auf Jahresarbeitsverdienst und Lohnleistung für je einen Arbeiter folgendes Bild:

| Jahreszahl | Nachgewiesene Lohnsummen | Mehr gegen das Vorjahr | Arbeiter waren beschäftigt bei einer Annahme von 300   226 Arbeitstage für je 1 Arbeiter | Der Durchschnittslohn betrug demnach für je 1 Arbeiter bei einer Annahme von 300   226 Arbeitstage | Mehrerwerb gegen das Vorjahr bei 300   226 Arbeitstage |
|------------|--------------------------|------------------------|--|--|--|
| M          | M                        | M                      | M  | M  | M  |
| 1904       | 63 002 290               | 544 260                | 68177  | 92968  | 924 25   |
| 1905       | 67 598 360               | 4 596 070              | 71925  | 98079  | 677 68   |
| 1906       | 72 259 768               | 4 661 408              | 67109  | 91513  | 939 85   |
|            |                          |                        |  |  | 688 20   |
|            |                          |                        |  |  | 15 60  |
|            |                          |                        |  |  | 10 52  |
|            |                          |                        |  |  | 136 90   |
|            |                          |                        |  |  | 101 30   |

Kratte Zahlen sprechen eine deutliche, aber leider vielfach auch traurige Sprache. Wie aus obigen Darlegungen zu ersehen ist, der Durchschnittslohn eines bayerischen Bauarbeiters, selbst wenn er unter dem eines Vollarbeiters fällt, ein den heutigen Lebensverhältnissen keineswegs entsprechender. Dabei ist aber zu erwähnen, daß ein großer Teil der bayerischen Bauarbeiter kaum über den Durchschnittslohn von 789,50 Mark eines Durchschnittsarbeiters hinauskommt, ja selbst ein großer Teil noch unter denselben zu stehen kommt.

Die im Jahre 1906 erfolgte Lohnsteigerung des Jahresarbeitsverdienstes von 136,90 Mark bzw. 101,30 Mark für je einen Arbeiter wird aber kaum da eingetretten sein, wo eine Arbeiterorganisation noch nicht zu verzeichnen oder noch nicht in der Lage war, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu reformieren.

Nicht minder lehrreich dürften die oben herausgerechneten Zahlen für manchen Bauunternehmer sein, der des öfteren „Hilfskräften“ von der allzu großen „Begehrtheit“ der Arbeiter in der heutigen Zeit zu erzählen weiß. Würdigt er dieselben einer eingehenden Beachtung, so muß er, wenn er gerecht sein will, bald zu einer anderen Meinung kommen.

Bemerkt sei noch, daß der Verwaltungsbericht pro 1906 der B. V. G. in unzweifelhafter Weise darlegt, daß die Lohnsteigerungen sich nicht allseits auf die großen Städte (München, Nürnberg) konzentrieren, wie man es hätte erwarten können, sondern sich vielmehr auf die mittleren Städte und das flache Land verteilen. Das ist ein neuer Beleg dafür, daß die Organisation unter den bayerischen Bauarbeitern immer weitere Kreise zieht.

Eine unfehlbare Tatsache ist ferner, daß die Unfallgefahren und Berufskrankheiten unter denjenigen Arbeitern, welche infolge eines niederen Einkommens nur ein dürftiges Dasein zu fristen gezwungen sind, verhältnismäßig weit größere Opfer fordern, als bei den sozial bessergestellten Arbeitern. Umso schwerer fällt dies bei dem Baugewerbe ins Gewicht, das ohnedies schon mit zu den gefahrreichsten gehört. Wenn auch der größte Teil auf Nichterhaltung der diesbezüglichen Schutzvorschriften entfällt, so besteht doch bestehen, daß ein großer Bruchteil Unfälle hervorgezogen wird durch Übermüdung, Überanstrengung usw., was bei einem schlecht genährten Arbeiter viel früher eintritt. Weides, Unterernährung und vermehrte Unfälle, mar-schieren vielfach miteinander; das kann man auch im Baugewerbe Bayerns — von wenigen Ausnahmen abgesehen — konstatieren. Die Unfallstatistik der B. V. G. steht mit ihren Zahlen seit Jahren unter den besten Berufsvereinsstatistiken an der Spitze. Dieselbe redet eine, wenn nicht traurigere, auf so doch mindestens ebenso traurige Sprache, als die oben angeführte Lohnstatistik. Vergleichen wir wiederum die Verwaltungsberichte, die auch hier sehr knapp gehalten sind, der B. V. G. aus den Jahren 1904, 1905, 1906, so ergibt sich folgendes Bild:

| Jahreszahl | Todesfälle | Verletzungen n. voraussichtl. über 13 Wochen dauernder Erwerbsunfähigkeit |  | Gesamtzahl der Unfälle | Unfälle treffen auf 1000 |            |
|------------|------------|---|--|------------------------|--------------------------|------------|
|            |            | 13 Wochen dauernder Erwerbsunfähigkeit                                    | unter 13 Wochen dauernder Erwerbsunfähigkeit |                        | beruflich                | Vollarbeit |
| 1904       | 97         | 1151  | 4060   | 5314                   | 57,16                    | 77,95      |
| 1905       | 72         | 1091  | 3924   | 5087                   | 51,87                    | 70,73      |
| 1906       | 72         | 841   | 4278   | 5191                   | 56,72                    | 77,95      |

Wie aus folgender Tabelle ersichtlich, ist im Jahre 1906 die Gesamtzahl der Unfälle absolut und relativ gegenüber dem Jahre 1905 gestiegen. Wenn auch die Mehrzahl zumeist auf die minder schweren Unfälle fällt, so zeigen diese Zahlen aber doch, daß die derzeitige Beaufsichtigung zur Einhaltung der Schutzvorschriften auf den Bauten eine ungenügende ist. Wie viele der vorerwähnten Unglücksfälle hätten vermieden werden können, und wie viele der davon betroffenen Familien wären vor der größten Not bewahrt geblieben, wenn allerorts eine strenge Kontrolle gehandhabt worden wäre. Sowohl darüber, als auch über die gemachten Beanstandungen seitens der Aufsichtsorgane der B. V. G., verweist der Verwaltungsbericht derselben ausführlicher kein Wort.

Ausführlicher als der genannte Verwaltungsbericht berichten die „Bayerischen Gewerbeinspektionsberichte“ pro 1906 über die vorgekommenen Unfälle im Baugewerbe im Jahre 1906. Jedoch ist von letzterem das Material auf diesem Gebiete unvollständig, wie ja einzelne Gewerbeinspektoren auch selbst zugeben. Eine Stichprobe dürfte genügen, um dies zu bestätigen. So sind z. B. bei der Bayer. Bauwerks-Berufsvereinsgenossenschaft im Jahre 1906 5191 Unfälle zur Anzeige gekommen, während die Bayer. Gewerbeinspektoren für das gleiche Jahr nur von 3232 Unfällen im Baugewerbe in Kenntnis gesetzt wurden. Vorgekommen mag hier sein, daß mancher Unfall, der der Gewerbeinspektion zur Kenntnis gelangte, von dieser unter die Gruppe: „Steine und Erde gerechnet wurde, während er zur Bauvereinsgenossenschaft gehörte. Aber trotz alledem muß die Unfallmeldung bei den vorgeordneten Behörden als unvollständig und reformbedürftig bezeichnet werden.

Die in den Gewerbeinspektionsberichten angeführten Betriebsunfälle im Baugewerbe ergeben bezüglich der Aufschreibung nach Regierungsbezirken, Alter und Geschlecht folgende Tabelle:

| Regierungs-Bezirk | Gesamtzahl der gemeldeten Unfälle | Art der Unfälle            |       |       |       |       |                            |       |       |       |       |                      |   |
|-------------------|-----------------------------------|----------------------------|-------|-------|-------|-------|----------------------------|-------|-------|-------|-------|----------------------|---|
|                   |                                   | Erwachsene männl. Arbeiter |       |       |       |       | Erwachsene weibl. Arbeiter |       |       |       |       | Jugendliche Arbeiter |   |
|                   |                                   | Stöße                      | Stöße | Stöße | Stöße | Stöße | Stöße                      | Stöße | Stöße | Stöße | Stöße | Stöße                |   |
| 1. Oberbayern     | 1358                              | 13                         | 19    | 1179  | 111   | —     | —                          | 20    | 3     | —     | —     | 12                   | 1 |
| 2. Niederbayern   | 177                               | 4                          | 11    | 181   | 16    | 1     | 3                          | 8     | 1     | —     | —     | 2                    | — |
| 3. Pfalz          | 200                               | 6                          | 11    | 149   | 10    | —     | —                          | —     | —     | —     | —     | 19                   | — |
| 4. Oberpfalz      | 212                               | 4                          | 4     | 181   | 7     | —     | —                          | —     | —     | —     | —     | 9                    | — |
| 5. Oberfranken    | 200                               | 1                          | 6     | 147   | 35    | —     | —                          | —     | 1     | —     | —     | 3                    | — |
| 6. Mittelfranken  | 522                               | 2                          | 7     | ?     | ?     | —     | —                          | —     | —     | —     | —     | ?                    | ? |
| 7. Unterfranken   | 307                               | 8                          | 28    | 169   | 84    | —     | —                          | —     | —     | —     | —     | 11                   | — |
| 8. Schwaben       | 256                               | 5                          | 18    | 178   | 46    | —     | —                          | —     | 1     | —     | —     | 6                    | — |

In folgendem kommen wir auf die Beobachtungen und Urteile der einzelnen Gewerbeinspektoren zurück.

### Rundschau.

#### Warnung vor Schwindelkassen.

Trotzdem in der letzten Zeit viele sogenannte Schwindelkassen aufgestellt worden sind, deren „Direktoren“, „Rendanten“, „Aufsichtsräte“ usw. schließlich ins Gefängnis wandern mußten, werden doch immer wieder neue Schwindelkassen gegründet. Da das Publikum auf dem Gebiete der Krankenversicherung durch die vielen Prozesse und öffentlichen Warnungen mißtrauisch geworden ist, so versuchen gewisse Schwindler durch andere Verlockungen Leichtgläubige zu finden. So kann das Kaiserliche Amt für Privatrechtliche Angelegenheiten in seiner vor kurzem erschienenen Jahresberichte für 1906 berichten, daß nicht nur auf dem Gebiete der Krankenversicherung, sondern auch auf anderen Gebieten Schwindelkassen vorkommen. Als Beispiel wird erwähnt, daß an einer Stelle der Versuch gemacht worden ist, eine „Pensionskasse“ zu errichten, in welche unterschiedslos alle Personen über 15 Jahren aufgenommen werden sollten. Die „Gründer“ waren völlig mittellos und erheblich vorbestraft. Auch eine „Vervielfachung gegen Stellenlosigkeit“ war auf vollkommen unsicheren Grundlagen aufgebaut und mußte vom Aufsichtsamt abgelehnt werden.

Auch wir warnen neuerdings unsere Kollegen vor allen zweifelhaften Versicherungskassen. Erst kürzlich teilte die „Westf. Arbeiter“ unter dem Stichwort: „Werden denn die Wunden niemals alle“, nachfolgenden Brief mit, welcher an das Mitglied einer solchen Kasse gelangte. Derselbe lautet:

Wir bringen hierdurch zu Ihrer Kenntnis, daß die außerordentliche Generalversammlung des „Holland“ deutscher Volksversicherungsbereins auf Gegenfälligkeit zu Berlin am 26. August d. J. die Auflösung des Vereins beschlossen und gleichzeitig festgelegt hat, daß die Verrechnungsverhältnisse förmlich mit dem 30. September d. c. erlöschen. Als Vertreter der Staatsaufsichtsbehörde nahm der königliche Versicherungs-Revisor Herr Hoff an dieser Generalversammlung teil.

Der gefaßte Auflösungsbeschluss wurde von dem Herrn Polizeipräsidenten unter dem 20. September d. c. (Zag. Nr. 1 B 4902) genehmigt und am 4. Oktober d. c. unter Nr. 3009 (Wt. 89) in das Handelsregister des Königl. Amtsgerichts Berlin-Mitte eingetragen, sowie im „Berliner Lokal-Anzeiger“ und der „Rößischen Zeitung“ vom Amtsgericht veröffentlicht.

Die Unterzeichneter, von der Generalversammlung gewählt, dem Herrn Polizeipräsidenten bestätigten und in das Handelsregister des Königl. Amtsgerichts eingetragenen Liquidatoren stellen fest, daß die Passiven (Schulden) des Vereins die Aktiven (Verbindlichkeiten) bedeutend übersteigen.

Der Betrag der zu bedienenden Verbindlichkeiten, einschließlich der Kosten des Liquidationsverfahrens, muß, da der Verein auf Gegenfälligkeit ist, von allen denen aufgebracht werden, welche dem Verein in den Jahren 1906 und 1907 als Mitglied beigetragen haben, ohne Rücksicht auf die Zeitdauer der Mitgliedschaft.

Der danach auf jedes Mitglied entfallende Betrag richtet sich gemäß § 25 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 nach der Dauer der Mitgliedschaft und nach der Höhe der gezahlten Prämien.

Die auf dieser Basis angefertigte Berechnung ergab auf je M. 1.— gezahlten Monatsbeitrag einen Umlagebetrag von M. 2.— (Zwei Mark).

Den hiernach auf Sie im ganzen entfallenden Betrag wollen Sie aus unbedingender Berechnung ersehen.

Wir fordern Sie nun hierdurch an, diesen Betrag von M. 86,20 innerhalb 14 Tagen an uns zu zahlen, oder, falls Ihnen die ganze Zahlung auf einmal zu schwer fallen sollte, uns bis zu genanntem Termin zunächst eine Teilzahlung und gleichzeitig Vorschläge betreffs der Termine für die weiteren Ratenzahlungen zu machen.

Wir möchten sodann noch besonders darauf hinweisen, daß für jedes gewesene Mitglied des Vereins aus den Jahren 1906 und 1907 die gesetzliche Verpflichtung zur Zahlung der demnach berechneten Umlagebeiträge unbedingt besteht, und jeder Nichtzahler, falls nötig, im Wege der Klage zur Zahlung gezwungen werden muß, wodurch denselben bedeutende Kosten entstehen würden.

Es liegt also in Ihrem eigensten Interesse, die Angelegenheit unverzüglich zu regeln.

Zu jeder etwa noch gewünschten weiteren Auskunft sind wir gern bereit.

Hochachtungsvoll  
Deutscher Volksversicherungsbereins  
auf Gegenfälligkeit in Liquidation.

Der Betreffende muß also zahlen. Was wurde seitens eines anderer Mitglieder der gleiche Brief vorgelegt. Seine Frau gab dem Drängen eines ausbrüllenden Agenten genannter Schwindelkasse nach und ließ sich ebenfalls aufnehmen. Das war im August, im September löste sich die Kasse auf und mußte die Frau im Januar über zehn Mark bezahlen. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht sorgen. Weißt allen derartigen gewaltigen Agenten, die sich mit Vorliebe an Frauen wenden, die Hilfe, und wenn sie nicht sofort gehen, kann ein unsantes Sinnesverändern durchaus nichts schaden. Im Gegenteil. In Zweifelsfällen wende man sich unter allen Umständen an die Organisation.

#### Du sollst die Unfallrente erstreben...

Demokratisches sollen die staatlichen Versicherungsanstalten auf die Arbeiter wirken, weil sie eine nuerhöhte Rentenrente erzeugt hätten, ja, eine direkten Anreiz zur absichtlichen Herbeiführung eines Unfalls geben. Man sollte die Unfallversicherung bezügl. die kleinen Renten „Schwachsinnigen“ nennt man sie in gewissen Kreisen — ausüben. Das behauptet die Sozialdemokratie, allen denen die präventive, edelstehende, wichtige... Es bringt sie lediglich eine jährliche Versicherung, um zu zeigen, welcher „Mißg.“ mit den Unfallrenten getrieben wurde. Galt es zu dem Zeit ein junger, kräftiger Mann in den jungen Jahren geborenen sein mit einem Gehirnen behaftet. Sein Dem. habe er durch einen Unfall verloren. Der Mann habe einen schweren Beruf ausübt, aber da er sich behende ein kleines Stelchen bezog, so hielt es der Zeit noch für denkbar, daß er trotzdem schwere Arbeiten verrichten konnte. Indem wegen Krämpfe und dem Zeit soll sich nun sein älteres und den „Der Gewerkschaft“ Nr. 83) folgenden Betrag nicht abgeben haben.

Arzt: Erhalten. Sie Unfallrente für den Verlust Ihres Beines? Patient: Ja, 45 Mk. im Monat. Arzt: Wieviel Prozent sind das? Patient: Das weiß ich nicht, früher habe ich viel mehr bekommen, aber als ich anfing zu arbeiten, haben sie mir die Rente abgezogen. Arzt: Sie können also wieder Ihren früheren Beruf ausüben? Patient: Jetzt arbeite ich gar nichts mehr. Ich werde mich halten, noch einmal zu arbeiten! — Damit sie mir noch mehr abzählen! Ich komme ja auch so aus, ich wöhne bei meiner Schwester, da lang's schon! — Daran will dann der Arzt auf die weitere Unterhaltung verzichtet haben. Denn obgleich er schon viel mit Unfallverletzten und Rentenjärgern zu tun gehabt hätte, mit so dünnen Worten sei ihm doch nie der Standpunkt des verletzten Arbeiters enthüllt worden: „Du sollst die Unfallrente erstreben und keinen anderen Verdienst neben ihr haben.“

Mit diesen Worten sagt somit dieser famose Arzt, „der Standpunkt des verletzten Arbeiters, also aller verletzter Arbeiter, sei: Du sollst die Unfallrente erstreben... Welche Herabwürdigung der deutschen Arbeiter liegt in dieser Bemerkung! In dieser Beleidigung der deutschen Arbeiter, sowie der Meinung dieses Arztes, der Krüppel mit dem Stelzbein könne noch schwere Arbeit verrichten, läßt sich der Wahrheitsgehalt des angeblichen Zwiegesprächs gut abmessen.

#### Ein Licht unter dem Scheffel.

In seinen Mandatworten über den zweiten deutschen Arbeiterkongreß schreibt „Der Gewerksverein“, Friedrich-Dundersches Zentralorgan, u. a. auch folgendes:

Der Sekretär der württembergischen evangelischen Arbeitervereine, Fischer, ist ein Mann, der geistig die Größen, die als Referenten auftraten, um Haupteslänge überragt. Nur nichts, er kann wieder als Referent auftreten, noch wählt man ihn ins Bureau, denn — er ist politisch liberal.

Wir wollen der Versuchung widerstehen, auf diese lächerliche Vohhdielei eine Satire zu schreiben, und nur die naheliegende Frage aufwerfen: Warum berufen die Friedrich-Dunderschen Gewerksvereine diese gewaltige Geistesgröße nicht an die Spitze ihrer Organisation? Denn dem im Sand verfallenden Friedrich-Dunderschen Nachseht doch sonst nichts als der große Geist, der das Friedrich-Dundersche Gewässer wieder in den vollen Strom des frisch pulserenden Lebens zurückzuführen wird. Die überragende Haupteslänge Fischers würde vielleicht noch eine Rettung für die Friedrich-Dundersche Bewegung sein können.

Alle Anstrengungen und Maximationen scheitern... die erwarnte Steige für die christliche Arbeiterchaft in Völkertagen ein... schon seit der in kurzer Zeit in Völkertagen... wir mit der Agitation beginnen und nicht warten bis zu den letzten Tagen. Der Kampf wird ein heißer werden. Wer tue er jeder schon jetzt seine Pflicht, dann ist der Sieg unser!

**Bogum, den 7. Nov. 1907.** Gestern abend wurden hier die Ergänzungswahlen zum Gesellenausschuß der Baugewerkschaft Zwangsungsgültig. Gewählt wurden vier Ausführender Mitglieder und vier Ersatzmitglieder. Die Kandidaten der christlichen Gewerkschaft erhielten 254 Stimmen, die der sozialdemokratischen eine Stimme. Da die sozialdemokratischen Gewerkschaften in den letzten Jahren, bei den sozialen Wahlen, trotzdem sie zweifelte Anstrengungen machten, um ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen, steht ein Hereinfall erlitten, scheint es, als wollten sie sich diesmal nicht kramieren und bleiben zu Hause. Nur etwa zehn Genossen machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, die aber, mit einer Ausnahme, die christlichen Kandidaten wählten.

**München, am 17. Februar d. J.** fand in München die Wahl der Generalversammlungsdirektoren zur Ortskrankenkasse statt. Ueber die Wahl beteiligten sich zum erstenmal auch die christlichen Arbeiter mit einer eigenen Liste. Zwar war keine Aussicht auf einen Sieg, doch sollte den Sozialdemokraten gezeigt werden, daß die christlichen Arbeiter, auf Grund ihrer Stimmen, mit Recht die Vereinstrennung verlangen könnten. Die sozialdemokratischen „M. P.“, die bis zum 17. Februar immer über die „h. h. Christen“ protestierten, weil sie nicht einmal die Vertreterliste zu sammeln brachten könnten, sah sich schwer getäuscht. Rund 700 christliche Stimmen wurden abgegeben, gegen 13 000 sozialdemokratische. Das Ergebnis der Wahl würde für die christlichen Arbeiter noch bedeutend günstiger gewesen sein, wenn die sozialdemokratische Kampfbereitschaft die Wahlvorbereitungen fortgesetzt hätte. Allen möglichen Ungehörigkeiten war Rücksicht und Vor geöffnet. Die Gelegenheit wurde von den Genossen nach ihrer Art auch tapfer ausgenutzt. Gegen die Wahl wurde deshalb Protest eingelegt, der vom Magistrat als unbegründet zurückgewiesen, dem aber die königliche Regierung stattgab und die Wahlen für ungültig erklärte.

#### zur Frage der ausländischen Arbeiter.

Gelegentlich des kürzlich in Bonn verhandelten Nordprozesses, wobei vier Kroaten wegen dreifachen Mordes zum Tode verurteilt wurden, führte der Staatsanwalt an:

„Diese „Arabes“ (Kroaten) sind eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, und da sie sich ausdehnen über ganz Deutschland, so ist diese Gefahr nicht ernst genug zu nehmen. Diese „Arabes“ zeigen ihre Kräfte als Tiere an, sie sprechen nicht von Fortschritt, sondern vom „Schlachter“. „Arabes“ sind im Grunde, ihren eigenen Vater zu schlachten, wenn es sich um 50 Mk. handelt. Solche Leute gehören nicht in unsere Gesellschaft. Und wie schwer es ist, solchen Leuten beizukommen, haben viele Prozesse gezeigt. Hier ist es verhältnismäßig leicht gelungen, die Täter, Anführer und Gehilfen zu fassen. Das war ein großer Mißgeschick. Alle Vorkehrungen des modernen Kriminalverfahrens sind benutzt worden, die Zeitungen haben uns, besonders die Dienste geleistet. Es kann nicht meines Amtes sein, auf die großen politischen und wirtschaftlichen Gefahren hinzuweisen, die eine planlose und unkontrollierte Einführung fremder Nationalitäten mit sich bringt, aber als Vertreter der Staatsanwaltschaft, deren Pflicht es ist, das öffentliche Interesse der Bürger zu schützen in seinen weitestgehenden Grenzen, Ehe, Leben, Freiheit, Eigentum, zu schützen dadurch, daß die Verbrecher schnell und sicher zur Rechenschaft gezogen werden, bin ich berechtigt zu sagen, eine planlose Einführung der „Arabes“ darf nicht stattfinden. Und dieser Prozeß wird dazu beitragen, daß die Behörden und Arbeitgeber das Erforderliche tun, um uns vor Schäden zu bewahren. Kamentlich wird es Sache

Der Arbeitgeber sein, daß sie nicht ohne weiteres jeden einstellen, der nur ein paar kräftige Arme hat.“

Einem angenehmen Klang werden diese Ausführungen in den Ohren so mancher Großkapitalisten nicht hervorgerufen. Strapelloos ist der Handel mit Menschenware aus fremden Ländern betrieben worden; die moralische Qualifikation der Verhandelnden wurde überhaupt nicht in Betracht gezogen. Und die vollkommensten Elemente konnten sich frei bewegen — wenn sie dem Unternehmer nur zu Diensten waren. Christliche Ausländer dagegen, die sich irgendwie an den Bestrebungen der Organisation beteiligten, wurden ausgewiesen. Trägt an diesem Zustand nicht auch die Behörde schuld? In Döhringen, wiederum Deutsche Arbeiter gemahregelt, so daß sie über die Grenzen arbeiten gehen müssen; Ausländer zieht man dafür heran. Der Staatsanwalt in Bonn wird jedenfalls ein Rufender in der Wüste bleiben.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang fernhalten: Kruschth, Maurer, Weichenberg i. C., Aushebung (Maurer), Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Hagenau (Maurer), Eberfeld (Eisenleger), Spere über die Firma Nummenhöller, Barmen-Rittershausen, Vadum (Spere über Wingenfeld), Essen a. d. Ruhr (Stullmaier, Spere über Wingenmeier Heimerich und Heimenan und Klus), Siedingen und Mügg (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter). Weichert ist das Baugewerk Herrmann in Bilsdorfstein, Döhringen, Essen a. d. Ruhr, (Dachbeder.) Wegen Nichtannahme des Tarifs, wurde im Einverständnis mit der Schlichtungskommission über die Firma Wilhelm Esch die Spere verhängt.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Dachbeder.**  
Braunschweig. Auf der Tagesordnung unserer diesjährigen Generalversammlung stand: 1. Abrechnung vom dritten Quartal, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Gewerkschaftsbeschlüsse. Nach dem vom Kollegen Vorward verlesenen Ausweis betrug die Einnahme 185,30 Mk., davon wurden an die Zentrale 146,05 Mark eingekandt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zwischen Vorstand wurden gewählt: Joh. Wehrich als erster Vorsitzender, H. Borchart als Kassierer und A. Klingeb als Schriftführer; die Kollegen H. Haart und F. Guch zu Revisoren, Kollege Wehrich warf sodann einen Mißbillig auf das seiner Zeige zugehende Jahr. Es war sehr ruhig und friedfertig; hoffentlich hält das an und wird der Friede durch Abschluß eines Tarifvertrages endgültig festgelegt. Die Versammlung waren durchschnittlich gut besucht. Allen in allem könne man in Betracht der herrschenden Konjunktur zufrieden sein. Es müsse aber dafür gesorgt werden, daß nicht nur der jetzige Stand unseres Verbandes in Braunschweig erhalten, sondern noch weiter ausgedehnt wird. Der letzte Punkt der Tagesordnung wurde wegen vorgerückter Zeit bis zu der nächsten Versammlung vertagt.

**Maurer.**  
Bezirk Karlsruhe. Am 2. November fand in Heidelberg eine außerordentliche Verwaltungsstellen-Versammlung statt, die von allen Zahlstellen gut besucht war. Nur W. Ballhalsbach glänzte durch Abwesenheit, trotz zweimaliger Einladung. Die Tagesordnung hatte folgende Punkte: 1. Bericht der Zahlstellen, 2. Vortrag, 3. Wahl eines Vorsitzenden, 4. Festlegung eines Winterbeitrages. Der Punkt 1 wird leider nicht gar zu rosigge Verhältnisse auf. Es stellte sich heraus, daß außer den Gipsern und der Zahlstelle Neichen, noch keine einzige Zahlstelle Extramarke geklebt hat. Die Ursache dürfte aber meistens an der Gleichgültigkeit der Mitglieder und an der Laubbild der Zahlstellen-Vorstände liegen, wenn auch die Bezirkleitung etwas mit Schuld trägt. Auch stellte sich heraus, daß wohl die Verwaltungsstelle am 1. Juli sollte in Kraft treten, aber bis heute nicht zur Tat geworden ist. Dank der Gleichgültigkeit von verschiedener Seite und der Unaufmerksamkeit der Mitglieder. Auch in anderer Beziehung ist noch viel nachzuholen. Zu Punkt 2 erhielt dann Kollege Hoff (Bezirkleiter) das Wort; er verstand es meisterhaft, den Kollegen die Ueberzeugung beizubringen von der Notwendigkeit der christlichen Organisation. Aber auch die Opfermütigkeit nach jeder Seite hin, wurde schon von ihm betont, sowie die geistige Bildung. Mit warmem Beifall wurde sein einfindiges Referat aufgenommen. Zum dritten Punkt ist zu bemerken, daß die Wahl eines ersten Vorsitzenden notwendig war, weil bei der Gründung der Verwaltungsstelle im Juni nun wohl einen hoffnungsvollen Vorsitzenden vorschlug, der sich auch wählen ließ und den Kollegen „d. h. h. e. h. e. h. e.“ Wort sagte, dann aber den Staub Mannheims von den Füßen schüttelte und seinen hematischen Gesellen — an der schwarzen Kassenkante — zusteuerte, die Kollegen und Verwaltungsstelle Heidelberg ihrem Schicksal überlassend. Dessen nicht gerade kollegialen Verbusten des Voll. Schneiber ist es auch zum großen Teil zuzuschreiben, daß die Verwaltungsstelle so im Stumpfe steck. Zum ersten Vorsitzenden wurde nunmehr Voll. G. Rad einstimmig gewählt, zuvor er den gleichen Posten im Mannheim niedergelegt hatte. Zu Punkt vier wurde beschlossen, daß vom 1. Dezember bis 28. Februar jeder Kollege, der arbeitet, pro Woche 20 Pf. Sozialzuschlag zu zahlen hat, davon bleiben 8 Pf. in der Zahlstellenkasse, und 12 Pf. müssen an die Verwaltungsstellenkasse eingekandt werden. Von diesem Betrag ist kein Kollege entbunden, der arbeitet; das Geld soll für Agitation in der Verwaltungsstelle Verwendung finden, und sämtliche Mitglieder sind verpflichtet, dieses kleine Opfer für die gute Sache zu bringen. Sämtliche Anwesenden verpflichteten sich ferner, von jetzt an auch die Extramarke nachzukleben, welches von der Generalversammlung im Frühjahr beschlossen wurde. Vor allem sind die Vorstände verpflichtet, sofort Versammlungen abzuhalten und diese Beschlüsse den Kollegen mitzuteilen, aber auch mit gutem Beispiel voranzugehen. Hoffentlich folgt den Worten auch die Tat, denn erst durch Tat zeigt sich der richtige christliche Gewerkschafter. Nach einem kurzen Schlusswort, in dem hauptsächlich auf die geistige Bildung, Opferinn, Mut und Kraft, Gewinnung neuer Mitglieder und Ausdauer hingewiesen wurde, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene und anregende Versammlung. Mögen nun aber auch die so reichlich Beifall spendenden Kollegen die Mahnungen beherzigen und die Verpflichtungen halten, damit wir nach langem Winter einem günstigen Frühjahr entgegensehen können. Die Adresse des Vorsitzenden, an den alle Anfragen und sonstigen zu richten ist, lautet: F. G. Rad, Stutt, Heidelberg, Häufferstr. 1.

**Bezirk Hagen.** Hier fand am Sonntag, den 27. Oktober, die zweite Bezirkskonferenz für den Bezirk Hagen statt. Von den Zahlstellen waren 26 Vertreter amfahend, nicht vertreten war die Zahlstelle Weheim. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten gab der Bezirksleiter den Bericht über die Situation in hiesigen Bezirke. Die Mitgliederzahl beträgt 1106. Eine große Fluktuation ist unter dem Mitgliederstand bemerkbar; so seien z. B. im dritten Quartal 07 ein größerer Prozentsatz der Kollegen abgereist, als Neuaufnahmen zu verzeichnen sind. Diese Ercheinung sei unter wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in unsern Nachbarstädten höhere Löhne bezahlt werden. Singsen ist hier die Lebensweltie mindestens beizahl tener, wie

**Wien.** Die Abne Bewegung ist in folgendem Verhältnis: Der Stundenlohn beträgt für 274 Kollegen 45 Pf., für 118: 48, für 358: 50, für 250: 51, für 54: 55, für 17: 60, für 37: 6 Pf. Die Arbeitszeit regelt sich wie folgt: 48 Kollegen arbeiten 9 1/2 Stunden, 884: 10 St., 107: 10 1/2 St., 93: 11 Stunden. Die Beiträge schwanken zwischen 45 und 65 Pf. Wochenbeitrag. Begründungen wurden vorgenommen in Ursberg (Stutt.), Aitona, Nüssen, Boele, Gasse, Mühlendebel (Stutt.), Menden, Wetter, Wiebe, Gründenberg und Olsberg. In anderen Orten sind Einzelmitglieder gewonnen, so daß es auch hier vorangeht. Lohnbewegungen fanden statt in Ursberg (Stutt.), Menden, Gründenberg, Maraberg und Olsberg, sämtlich mit Erfolg auf friedlichen Wege, mit Ausnahme von Menden, wo es zur teilweise Arbeitsüberlegung kam. Erfreulich ist es, daß sämtliche Kollegen, mit Ausnahme von Wiebe- und Mühlendebel (Stutt.), zu tariflichen Bedingungen arbeiten. Wegen Tarifbruch der Arbeitgeber kam es in Hagen und Schwelm (Firma Müller) zu Bauverren, die jedoch den erwünschten Erfolg nicht hatten. In Schwelm waren es die Genossen, die nach einiger Zeit die von unseren Kollegen geräumten Plätze besetzten. Weiter haben ja die Genossen versucht, unsere Kollegen zu terrorisieren, sind jedoch wohl zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie selbst die Geschädigten dabei sind. Der Besuch der Versammlung läßt für allgemeinen zu wünschen übrig. Ebenso ist es nicht mehr so wichtig, die Unfallversicherungsordnungen zur Durchführung zu bringen. Besonders in den ländlichen Bezirken wird noch viel seitens der Unternehmer gesündigt. Da müssen unsere Kollegen die Selbsthilfe anwenden und auf strikte Innehaltung der Vorschriften hinwirken. Ebenso müsse das Baudelegiertenbüro besser angestrichelt werden. Kollege Hünichen freiste dann weiter die Betätigung auf sozialem Gebiete, bei Erhöhung des ortslässlichen Tageslohns, Krankentagegeldern und Gewerbegerichtsverfahren. Er wies dabei auf die demnächst zu tätige Gewerbegerichtsversammlung für den Kreis Jherlohn hin. Ebenso sei es notwendig, daß sich die Mitglieder mehr wie bisher in den konfessionellen Vereinen betätigen sollten. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurden auch die Extrabeträge gestreift. Während einige Baustellen voll und ganz ihrer Verpflichtungen nachgekommen sind, war dieses bei anderen nicht der Fall. Die Delegierten wollen jedoch ihren ganzen Einfluß geltend machen, damit auch der letzte Kollege seinen Verpflichtungen nachkommt. Aus den Berichten der Verwaltungsausschüsse von Hagen und Ursberg geht hervor, daß durch Einführung der Beiratskassation eine wesentliche Besserung der Massenverhältnisse herbeigeführt ist. — Gemäß § 8b unseres Statuts wurde der Bezirksvorstand gewählt, welcher neben dem Bezirksleiter Kollege Hünichen, aus den Kollegen Reichel (Abitendebel) und Schumacher (Hagen) besteht. Zum Punkt Winterbeiträge wies der Lokalbeamte Kollege Jans nach, daß es unbedingt notwendig sei: dieselben wie auch im Vorjahre zu erheben. Da die Delegierten diesen Vorschlag im allgemeinen annahmen, wurde folgendes beschlossen: In den betragsfreien Wintermonaten wird pro Woche 10 Pf. zum Agitationsfonds gezahlt. Es wird zu dem Zwecke eine Karte im Werte von 1 Mark hergestellt, welche jeder Kollege (auch die Abreisenden) zu haben verpflichtet ist. Da nur 12 Wochen in Betracht kommen, sollen für die fehlenden zwei Wochen je 10 Pfennig-Marken gestellt werden. Weiter wird es den Baustellen freigestellt, nebenbei noch einen Lokalzuschlag von 10 Pfennig zu erheben. Sodann erhielt unser Verbandvorsitzender, Koll. Wiebeberg, das Wort. Er zeichnete die gegenwärtige Situation im Baugewerbe, sowie die Aussichten für das kommende Jahr. Es wurden uns manche praktische Winke gegeben. Da auch der größte Teil der Mitglieder des hiesigen Bezirkes, unter dem allgemeinen Tarifvertrag für das Industriegebiet arbeiten, ist es Sache der Delegierten, die gegebenen Anweisungen in die Praxis umzusetzen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten behandelt waren, wurde die Konferenz nach sechsständiger Tagung mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung geschlossen.

**München.** Am Sonntag, den 27. Oktober, fand in der Kaiserkrone eine gemeinsame Vertrauensmännerversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über das zweite Quartal, 2. Festlegung der Winterbeiträge, 3. Winteragitation, 4. Wünsche und Anträge. Bezüglich des Quartalsberichts gab der Verwaltungsausschuss bekannt, daß verschiedene Baustellenkassierer sich der Ordnung immer noch nicht gefügt haben, bis zum 10. nach Quartalsabschluss ihre Rechnungen fertigzustellen, damit auch der Verwaltungsausschuss bis zum 15. des betr. Monats mit der Zentrale abrechnen kann. Der Winterbeitrag wurde wie folgt festgesetzt: 1. Diejenigen Kollegen, welche den Winter über in München arbeiten, bezahlen einen wöchentlichen Beitrag von 15 Pf., und die übrigen Kollegen, welche außerhalb des Stadtbezirks München arbeiten, einen solchen von 10 Pf., welcher an die Verwaltungsstelle abgeliefert wird. Die Delegierten sprechen sich hauptsächlich dahingehend aus, womöglich einen hohen Winterbeitrag einzuführen, um dadurch auch ihre Lokalkasse zu stärken. Zum Punkt 3: Winteragitation, führte Kollege Sommer den Kollegen klar vor Augen, wie sie die Agitation im Winter betreiben müssen. Mit voller Begeisterung wurden die Ausführungen des Referenten aufgenommen, und versprochen alle, in Zukunft noch mehr mit in die Agitation einzugreifen als bisher. Auch beschloffen die Kollegen, sich eine kleine Bibliothek anzuschaffen, um den Winter über sich weiter auszubilden zu können. Ferner wurde beschlossen, daß bei den nächstkommenden Sitzungen jeder Delegierte sein Mitgliedsbuch als Ausweis mitzubringen hat. Zum Schluß einmündete nochmals der Vorsitzende, Kollege Eger, die Delegierten an ihre Pflichten, welche sie als Vertrauensleute auf sich genommen haben, und schloß die schön verlaufene Sitzung mit einem Hoch auf unseren Verband. Am Dienstag, den 5. Nov., wurden die Beschlüsse in einer gut besuchten Mitgliederversammlung bekanntgegeben, und wurden auch von dieser angenommen. Beschlossen wurde (speziell für die Münchener) einen Winterbeitrag für Bauhandwerker von 25 Pf. und für Bauhilfsarbeiter einen solchen von 20 Pf. zu erheben. Ferner beschloß sich die Versammlung mit einem gemeinsamen Verehrsalok in München, und wurde als solches der „Goldene Schwan“ am Theresienplatz bestimmt.

**Waldorf.** Zu einer gut besuchten Versammlung war Kollege Kowalski (Wesen) als Referent erschienen. Bereits vor zwei Jahren bestand hier selbst eine Baustelle unseres Verbandes. Im Verein mit Hohenfelsa und Kruschwitz wurden Forderungen eingereicht, welche zum Vertragsabschluss mit drei Pfennig Lohnhöhung und einer halben Stunde Verlängerung der Arbeitszeit führte. Der Vortrag lief bis zum 31. März 1906. Nach Ablauf des Tarifes kehrten jedoch die Kollegen dem Verbandsaußen Rücken, wovon die Folge war, daß sie mit dem Lohn zurückbleiben mußten. Steht heute der Lohn in Hohenfelsa auf 3-45 Pf., in Waldorf dagegen zwischen 39 und 40 Pf. Das gab ihnen denn doch zu denken, und war daher die Versammlung so reichlich besucht. Kollege Kowalski zeichnete das in kräftigen Zügen; wollen wir Fortschritte erzielen und dieselben auch halten, dann nur durch die Organisation. Möge die jetzige Forderung eine Lehre für die Zukunft sein. In großen Zügen wies er auf die Erfolge unseres Verbandes im Laufe dieses Jahres hin. Daraus ist zu ersehen, welchen Vorteil der Arbeiter in der christlichen Organisation hat. Außerdem beleuchtete er die Unterstützungsmöglichkeiten. In der Diskussion erklärten sich sämtliche Kollegen mit den Ausführungen einverstanden. 21 Kollegen ließen sich sofort aufnehmen. Im Schlußwort erklärte Kollege Kowalski die neuen Mitglieder, jetzt besser zum Einverständnis, als vor zwei Jahren. Damit auch hier endlich einmal gründliche Bemehur geschaffen wird.

**Lechhausen bei Augsburg.** Trotz allen gegnerischen Einflüssen macht unser Verband auch in der Augsburger Gegend immer weitere Fortschritte. Die bestehenden Baustellen nehmen stetig zu an Mitglieder. Lechhausen wurde im Laufe des Sommers neu gegründet. In jüngster Zeit wurde es uns möglich, auch in Steppach Eingang zu finden, und wird dort in nächster Zeit an die Errichtung einer selbständigen Baustelle gedacht werden können. Weitere umliegende Ortschaften stehen uns noch in Aussicht, da oder dort eingreifen zu können. Im eigenen Interesse der Kollegen liegt es selbst, mit aller Energie mitzuwirken an der Agitation zum weiteren Ausbau unseres Verbandes, um für das kommende Frühjahr gerüstet zu sein. Vor allem ist aber auch ein guter Versammlungsbesuch, sowie eifriges Lesen unseres Verbandsorgans notwendig, denn nur durch die Durchführung dieser Aufgaben können tüchtige und geschulte Gewerkschaftsleute herangebildet werden. In den Versammlungen lernen sich die Kollegen immer näher kennen, sie können dort ihre Wünsche und Meinungen gegenständig zum Ausdruck bringen. Wir meinen, im Monat einmal für die Versammlung ein paar Stunden zu opfern, ist gewiß nicht viel verlangt, muß doch der Vertrauensmann bezw. Einkassierer jeden Sonntag treppauf treppab laufen. Ferner macht ein guter Versammlungsbesuch gewiß auf anwesende Gäste einen sehr guten Eindruck, und damit ist bei solchen Fällen meistens ein Zuwachs zu rechnen; deshalb, Kollegen, bei der nächsten Versammlung alle Mann an Bord. — Im weiteren möchten wir alle unsere Kollegen der ganzen Umgebung auf die bevorstehenden Gewerbegerichtsverfahren in Augsburg und Lechhausen aufmerksam machen. In Augsburg finden dieselben am Dienstag, den 26. November, statt. Wahlberechtigt ist jeder, der 25 Jahre alt ist, in Augsburg wohnhaft oder in Arbeit steht, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, keine Armenunterstützung für sich oder seine Familie genossen hat und die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt. Der Wahlmodus ist zum erstenmal die Verhältniswahl mit gebundenen Listen (bisher Majoritätswahl). Es ist daher sehr darauf zu achten, auf dem gedruckten Wahlzettel weder einen Namen zu streichen, noch hinzuzusetzen. Zudem auch von unserem Verband sowohl in Augsburg wie auch in Lechhausen je zwei Kandidaten aufgestellt sind, so ist es doppelte Pflicht aller Kollegen, sich an der Wahl zu beteiligen. Kollegen, ihr werdet wissen, daß das Augsburger Gewerbegericht bisher immer von sozialdemokratischen Besitzern besetzt war, doch das muß einmal anders werden. Durch den jetzigen Wahlmodus ist auch Gelegenheit geboten, unsere Liste zum Teil zu erobern. Weibe daher keiner zurück, und gehe jeder am 26. November zur Wahl. Nur dann wird es möglich sein, der christlich organisierten Arbeitererschaft von Augsburg und Umgebung diejenige Macht zu erobern, die ihr schon längst gebührt hätte.

**Münster i. W., 27. Oktober.** (Maurer und Bauhilfsarbeiter.) In unserer heutigen Versammlung wurden die Unterstützungsbestimmungen des Statuts einer Erörterung unterzogen, und unberechtigten Unterstützungsanträgen vorbeugen. Die Kollegen wurden ermahnt, ihre Pflichten genau zu erfüllen, da ihnen dann ihr Recht von selbst würde. Der Massenbericht vom dritten Quartal ergab eine Einnahme für die Zentrale von 4303,79 Mark; die Einnahme der Lokalkasse betrug infol. 1236,85 Mark Kassenbestand 2267,16 Mark. Die Ausgaben der Zentrale betragen 128,60 Mark für Krankenunterstützung und 85 Mark Sterbegeld für zwei verstorbenen Frauen unserer Mitglieder. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen insgesamt Mark 907,42, mithin ein Kassenbestand von 1359,74 Mark. Die Referenten erklärten die Abrechnung, sowie Bücher und Kasse in Ordnung befunden zu haben, und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Am Punkt Beschäftigten wurde auf die Handlungsweise eines Polters, eines ebemaligen entragenen Genossen, hingewiesen, der es in bezug des Bauarbeiterschutzes sehr mangelhaft ließ. Beschwert sich ein Geselle deswegen, so fliegt er hinaus. Hauptächlich hat er es auf die Christlichen abgesehen, und stellt sie bei dem Unternehmer als nicht leistungsfähig hin. Jedenfalls kommt noch einmal der Zeitpunkt der Abrechnung. Mit der Aufforderung zu regeren Versammlungsbesuch und eifriger Agitation erfolgte das Ende der Tagung.

**Stuttgart.** Am 1. November hielt die hiesige Verwaltungsstelle ihre Generalversammlung ab. Dieselbe hätte besser besucht sein können. Aus dem erstatteten Berichte war zu ersehen, daß die Verwaltungsstelle gewachsen und der Vorstand eine rührige Tätigkeit entfaltet hatte. Diese Mühe wurde freilich nicht ganz gut belohnt, denn von den über 2000 hier arbeitenden Bauhandwerkern ist bis heute nur ein kleiner Teil christlich organisiert. Wohl würde sich mancher Kollege gern uns anschließen, jedoch der Terrorismus der „Freien“ hält sie davon zurück. Es wurde beschlossen den Wochenbeitrag um 5 Pf. zu erhöhen; voriges Jahr wurde er um 10 Pf. erhöht. Der vorjährige Winterbeitrag wird auch diesen Winter zugunsten der Lokalkasse erhoben. Dem Vorstand wird eine kleine Entschädigung gewährt. Dieselbe kann der Lokalkasse, aus welcher sie erhoben wird, befragen werden. Der Vorstand forderte die Kollegen dringend auf, in der Agitation nicht zu erlahmen und den Gewerkschaftsunterrichtsurs zu besuchen. Einmündig wurde der seitherige Vorstand wiedergewählt. An der Versammlung beteiligte sich auch der Vorstand von Carlsbad, der die gleichen Beschlüsse für seine Verwaltungsstelle aufnahm.

**Siehrum.** Am Samstag, den 2. November, hielt unsere Baustelle ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Dieselbe hatte sich seit länger Zeit wieder einmal eines guten Besuches zu erfreuen. Zunächst erstattete Koll. Niebel den Bericht von der am 27. Oktober in Duisburg stattgefundenen Bezirkskonferenz. Sämtliche Kollegen waren in der Diskussion mit den Ausführungen des Kollegen Niebel einverstanden. Besonders wurde betont, daß die Siehrumer Kollegen dem Generalversammlungsbeschluss, betreffs Extrabeträge, bis jetzt nachgekommen seien und nur noch einige Marken zu leben sind. Mit dem auf der Konferenz gefaßten Beschlüssen erklärten sich die Kollegen ebenfalls einverstanden. Nun heißt es, dieselben in die Tat umzusetzen und zu verwirklichen, damit den übrigen Kollegen ein gutes Beispiel gegeben wird. Nachdem sprach Kollege Schilling über den zweiten deutschen Arbeiterkongress, der am 20. Oktober in Berlin stattfand. Er schilderte zunächst die Erfolge, die wir seit dem Jahre 1903 errungen haben, wie sich in dieser kurzen Spanne Zeit unsere Mitgliederzahl verdoppelt hat. Ebenso die Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete. Des weiteren betonte er, daß von den Forderungen, welche 1903 auf dem Frankfurter Kongress von der christlich-nationalen Arbeitererschaft aufgestellt wurden, bis heute so gut wie gar nichts erfüllt sei. Seine Worte klangen dahin aus, daß der zweite Kongress ein neuer Aufsporn in der Agitation sein möge, damit wir in nächstzukunfter Zeit eine weit imposantere Macht darstellen; um unseren Forderungen auch den nötigen Nachdruck bei den Behörden geben zu können. Zum Schluß sprach sich der Vorsitzende, Kollege Niebel, dahin aus, daß dieser so anregend und schön verlaufenen Versammlung noch recht viele folgen mögen, und forderte die Kollegen auf, immer vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Nur durch einen regelmäßigen Versammlungsbesuch seien wir in der Lage uns zu schulen und auf die kommenden Kämpfe vorzubereiten.

**Südostberg.** Am Donnerstag, den 7., tagte unsere übliche Mitgliederversammlung im Vereinslokal, welche gut besucht war. Kollege Palmart eröffnete dieselbe mit der Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Verlesung der Abrechnung vom dritten Quartal, 3. Berichtendes. Zum Punkt 1 erhielt Koll. Schöneke das Wort. Derselbe macht zunächst bekannt, daß der eigentliche geplante Vortrag ausfallen müsse, da in der letzten Zeit wiederholte Angriffe auf die christliche Organisation und speziell auf

deren Führer von seiten des sozialdemokratischen Maurerverbandes gemacht seien. Vor dem Versammlungstafel hatte sich eine große Menge sozialdemokratischer Maurer versammelt, die durch ein zweites, durch und durch verlogenes Flugblatt die christlichen Kollegen gegen ihren Vorstand aufhetzen wollten. Kollege Schöneke verpflichtete in seinem Vortrag das Ligengebebe der beiden Flugblätter unter dem Beifall der Kollegen Wort für Wort. Wenn von seiten der Sozialdemokraten geschrieben würde, die hiesigen Maurer, soweit sie christlich organisiert sind, befänden sich in einer Zwangslage, sie sollten doch abschütteln usw., so sei dazu nur zu bemerken, daß wenn heute keine christliche Organisation an Orte existierte, die hiesige Maurerschaft geradezu geknechtet würde von der Sozialdemokratie. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften habe dieses zur Geringe bemessen, da diese, wo sie das Regiment führen, nicht allein das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft verlangen, sondern in erster Linie den Beitritt zur sozialdemokratischen Partei und das Abonnement der Parteizeitung. Wenn ehrliche Menschen von einem roten Führer, der wegen Meißel mit Puchhaus bestraft ist, mit Schmutz beworfen werden, so ist das nicht zu verwindern; daß derselbe aber von einem Verband als Vertreter angestellt wird, ist tief bedauerlich. Wird dadurch doch die gesamte Arbeiterbewegung aufs tiefste diskreditiert. Eine ausgebeutete Diskussion fand nach diesem treffenden Ausführungen statt, in welcher alle Redner die Ausführungen des Referenten voll und ganz unterstützten. Hierauf verlas der erste Vorsitzende und zugleich Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 4207,97 Mark, die der Lokalkasse 1482,29 Mark. Die Ausgaben der Hauptkasse waren folgende: für Rechtschutz 9,50 Mark, Krankenunterstützung für 771 Tage in 22 Fällen 383,87 Mark, Gemäßregelten-Unterstützung 33,80 Mark, Bureauermiete 50 Mark, Telefongebühren 34,95 Mark, Agitation 23,40 Mark. In bar an die Hauptkasse gefandt 3672,45 Mark. Die Ausgaben der Lokalkasse waren: für Hauskassierer 339,80 Mark, Porto und Schreibmaterial 35,31 Mark, Inzerate und sonstige Druckfachen 69,50 Mark, Verschleiß der Lokalverwaltung und Unkosten derselben 109,30 Mark, Gehalt des Lokalbeamten 432 Mark, Bibliothek und Zeitungen 17,89 Mark, Bureauermiete 24 Mark, Unterstützungen an Mitglieder 18 Mark, Vorstandssitzung 17,50 Mark. Mithin ein Gesamtansatz von 1083,30 Mark. Es verbleibt somit ein Lokalkassenbestand von 148,99 Mark. Die Kollegen Ebert und Kühn erklärten die Kasse laut Belegen nach Einnahme und Ausgaben für richtig befunden zu haben, dasselbe erklärte auch der zweite Vorsitzende, Kollege Browekeit, worauf auf Antrag dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Unter Verhinderung wurde über einen Antrag des Vorstandes betreffend Ausschließung eines Mitgliedes diskutiert und beschlossen, denselben weiter als Mitglied zu betrachten, wenn es seinen Verpflichtungen dem Verband gegenüber nachkommt. Kollege Palmart macht dann bekannt, daß am Mittwoch, den 13. November, abends 8 Uhr, eine große Versammlung in der Bürger-Resourse stattfindet, in welcher der erste Vorsitzende des christlichen Bauhandwerkerverbandes, Reichstagsabgeordneter Kollege Wiebeberg, über den zweiten Arbeiterkongress referieren wird, und bittet um zahlreichen Besuch. Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden, treu zur Fahne der christlichen Gewerkschaft zu halten, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

**Lügendorf.** In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte Koll. Fröh über internationale Verbindungen der Gewerkschaften. Er bezeichnete dieselbe heute für eine unbedingte Notwendigkeit. Wir haben ein Interesse an den Lohn- und Arbeitsbedingungen des Auslandes, da infolge der gegenseitigen Konkurrenz, davon unsere Lebensverhältnisse in günstigem oder ungünstigem Sinne beeinflusst werden können. Das gleiche trifft für die Arbeiterschutzgesetzgebung zu. Bei der Internationalität des Kapitals sind daher auch die gleichen Beziehungen für die Arbeiter unumgänglich. Wir machen auch die Beobachtung, daß nicht nur bei Lohnkämpfen Ausland als Streikbrecher herangezogen werden, sondern daß man auch in der übrigen Zeit den Zuzug künstlich fördert, um dadurch das Arbeitsangebot zu vermindern. Wir machen daher die Beobachtung, daß auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Drang nach internationalen Beziehungen sich mehr und mehr geltend macht. Einen solchen Kongress hielt der christliche Textilarbeiterverband auch wiederum in diesem Jahre in Zürich ab, nachdem früher schon solche in Belgien stattgefunden haben. Unser Verband muß ebenfalls gleichartige Verbindungen anstreben; das wird umso leichter sein, als wir in Holland, Belgien, der Schweiz und in Oesterreich, christliche Bauarbeiterorganisationen haben. Auch sollen wir, die wir den anderen Ländern voraus sind, jenen mit Rat und Tat beistehen. Diese Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Nachdem sodann die Abrechnung vom Stützungsgefäß bekanntgegeben, und die Mitglieder zu neuer eifriger Tätigkeit aufgefordert worden waren, fand die Versammlung ihr Ende.

**Sturz (Westpreußen).** In einer gut besuchten Versammlung referierte Kollege Diffsar (Dauzig) über die Bedeutung und die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Er kennzeichnete in klaren Worten, daß gegenüber der Sozialdemokratie die christliche Gewerkschaft die Aufgabe der Vertretung der Arbeiterinteressen auf christlich-nationalem Boden habe. Den Vorwurf der Arbeiterzerstückelung weisen wir weit von uns, was wir getan, war ein Akt der Notwehr und des Rechts. Die Ausbeutung der christlichen Verbände beweist deren Notwendigkeit. Licht, Luft und Freiheit verlangen auch wir für unsere Gesinnung. Zu hervorragender Weise hat die christliche Gewerkschaftsbewegung für die wirtschaftlichen Interessen gekämpft; an hundertsten von Tarifverträgen ist unser Verband beteiligt. Dem wollen wir auch in Zukunft treu bleiben. In den Vorstand wurden gewählt: zum ersten Vorsitzenden Koll. Klein, zum Kassierer Koll. Grochowski und zum Schriftführer Koll. Slawinski. Nach Begehung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Wittich (Sachsen).** Auch hier hat der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter seinen Einzug gehalten. Die Kollegen haben eingesehen, daß in unserer heutigen Zeit die Organisation für den Arbeiter unbedingt notwendig ist, besonders waren es die Maurer und Zimmerer, welche den Anstoß zur Gründung einer Verwaltungsstelle gaben. In der Gründungsversammlung am 6. April traten 15 Kollegen dem Verbands bei, heute ist die Mitgliederzahl auf über 60 gestiegen. Die Kollegen hatten nun den Wunsch, auch einmal eine öffentliche Versammlung abzuhalten, zumal in agitatorischer Hinsicht hier noch guter Boden für uns vorhanden ist. Kollege Schmidt (Berlin), der zu dieser Versammlung das Referat übernommen hatte, behandelte das Thema „Die gewerkschaftlichen Aufgaben und die verschiedenen Strömungen in der deutschen Arbeiterbewegung“. Redner schilderte in kurzen Umrissen die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, wie unsere Industrie sich in einer beherrschend kürzer Zeit aus den kleinen Privatbetrieben zu den heutigen kartellierten Großbetrieben durchgerungen habe. Durch diese Entwicklung sei aber auch der Arbeiterstand immer mehr in ein Abhängigkeitsverhältnis geraten, in eine Abhängigkeit, in der der einzelne Arbeiter vollständig machtlos ist, daher der Drang nach Organisation. Obgleich nur alle Stände sich Organisationen geschaffen haben, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten, sieht man den Arbeiterorganisationen den schärfsten Widerstand entgegen. Was man selbst anwendet, will man also den Arbeitern nicht einräumen, daher müsse sehr oft das gesetzlich erlaubte Koalitionsrecht der Arbeiter mit schweren Kämpfen verteidigt werden. Daß durch die Organisation die Lage des Arbeiters gebessert werden kann, bewies der Redner mit Zahlen, indem er uns die Erfolge unseres Verbandes im ersten Halbjahr 1907 vor Augen führte.

Nebner streifte dann die verschiedenen gegnerischen Gewerkschaftsrichtungen, wies deren parteipolitische Abhängigkeit nach und kam somit zu der richtigen Schlussfolgerung, daß wir uns als christliche Arbeiter nur den wirklich christlichen Gewerkschaften im Betracht kommen können.

Mülheim (Ruhr). Am Sonntag, den 2. November, nachm. 5 Uhr, hielt die Verwaltungskasse Mülheim ihre Generalversammlung ab. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige.

Jundschit erstattete Kollege Reutrich den Bericht von der Bezirkskonferenz, die in Duisburg am 27. Oktober stattfand. In der darauf folgenden Diskussion sprach Kollege Buschhoff, Schilling, sowie einige andere Kollegen.

Erstrecklicherweise sprach kein Kollege, nachdem die einzelnen Punkte, die auf der Konferenz behandelt worden waren, gegen dieselben. Hopen wir, daß dieselben auch in die Zeit umgesetzt werden, denn nur durch Opferwilligkeit und hohe Ausdauer werden wir den sängenden Kollegen als Vorbild dienen können.

Alsdann wurde die Vorstandswahl vorgenommen; aus derselben ging als erster Vorsitzender Kollege Buschhoff, als zweiter Kollege, Klassen, als erster Kassierer Kollege Thor, als zweiter Kassierer Kollege Nebemann, als Schriftführer Kollege Rühlholz und Dethy hervor, zu Revisoren wurden die beiden altbewährten Kollegen Schäfer und Neukirch per Akklamation wiedergewählt.

Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl mit Dank an und versprachen, treu wie bisher, für unsere Organisation weiterzuarbeiten. Aus dem Jahresbericht, den Kollege als früherer Vorsitzender, erstattete, ist zu entnehmen, daß auch in diesem Jahr annehmbare Fortschritte zu verzeichnen waren.

Hervorzuheben ist, daß das Verhältnis gegenüber den Genossen und den Feinden kein gutes zu nennen ist. Erstere erkennt man an der rapiden Hege und der sozialdemokratischen Erziehungsmethode, worüber dieselben in dem verflochtenen Jahr so manche Probe abgelegt haben.

So ist es leicht zu verstehen, daß wir Feinde auf allen Seiten in Mülheim haben. Des Weiteren war der Bezug nach unserer Verwaltungskasse ein ganz mangelhafter. Im ganzen sind in diesem Jahre nur 26 Kollegen eingezogen.

Hier mag der Umstand mitsprechen, daß in diesem Jahre eine strome Konjunktur herrschte, denn im Monat Mai waren keine sechs Neubauten in der Altstadt anzutreffen. Erst in jüngster Zeit hat sich dies etwas gehoben.

Einen Kollegen haben wir durch den Tod verloren, einige sind schon Monate an das Krankenlager gefesselt. Im großen und ganzen können wir mit dem Erfolge zufrieden sein und hoffen, die bestehenden Mängel bald beseitigen zu können.

Den Kassierbericht gab der Kassierer, Kollege Schilling. Auch hier sind gegenüber dem Vorjahre Fortschritte zu verzeichnen. Besonders auffällig ist es, daß hier am Orte eine große Schwankung im Mitgliederstande herrschte; es wurden nämlich annähernd 100 Kollegen aufgenommen, wovon eine große Anzahl bald wieder abschwankte.

Hier fehlt es an der positiven Arbeit, und die kann nur von den Hilfskassierern, Vertrauensmännern und Baubelegten geleistet werden. Als letzter Punkt stand die von der Firma Thysen vorgenommene Kündigung sämtlicher im Bauwesen beschäftigten Maurer und Bauhilfsarbeiter, wovon ein erheblicher Teil unserer Kollegen betroffen ist.

Es ist für die Kollegen hart, die ununterbrochen 7-8 Jahre in dem Betrieb arbeiteten, zumal die Bauzeit in Privat zur Reize geht, während in dem Betrieb noch reichlich Arbeit vorhanden ist, welche fertig gestellt werden muß.

Die Entlassung steht einer Aussperrung sehr ähnlich und muß als solche empfunden werden. Sollen doch bei der Subjektbewegung in diesem Herbst die Worte gehalten sein, daß die Leute in diesem Herbst alle entlassen werden, was durch vorstehende Kündigung anzudeuten bekräftigt wird.

Jetzt, wo der Winter vor der Tür steht, die Leute ohne jede Ursache auf die Straße zu setzen, die jahrelang ihre Knochen für die Firma hingeben mußten und ausgebeutet wurden, kann nicht genug getuschelt werden.

Kollegen! Heben wir die nötige Lehre heraus, schließen wir uns immer enger durch unsere Organisation zusammen, dann wird der Zeitpunkt nicht allzu fern liegen, wo auch wir uns stark genug fühlen, allen Mängeln zu trotzen.

Barmen. Am Sonntag, den 2. November, hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Kollege Deppa erstattete den Jahresbericht. Aus diesem war zu entnehmen, daß die Zahlstelle Barmen auch in diesem Berichtsjahre einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen hat, da die neugewonnenen Mitglieder in diesem Jahre 226 betragen.

Ein äußerst günstiger Fortschritt, wenn man berücksichtigt, daß unsere Kollegen unter den schwierigsten Verhältnissen hier im Buppertale arbeiten. Auch die Beteiligung an den sozialen Wahlen war in dem Berichtsjahre besser wie in den letzten Jahren, da allein bei der letzten Innungsfrankenloosenwahl mehr Kollegen unsererseits gewählt hatten, als in den vorhergehenden Wahlen das Gesamtresultat ergeben hatte.

schrecken und schließt auch dem Verbands an, denn nur durch den christlichen Bauhandwerkerverband könnt ihr Verbesserungen erreichen.

Bauhilfsarbeiter.

Hannover III. Unsere diesjährige Generalversammlung war sehr gut besucht. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abschreibung pro viertes Quartal, 2. Vorstandswahl, 3. Erledigung von Anträgen. Aus der vom Kassierer gegebenen Abrechnung war zu entnehmen, daß wir im letzten Jahre gut abgeschnitten haben.

Soziale Wahlen.

Gosberg. Am 10. November fanden hier die Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse Gosberg zum zweiten Male statt, da die früher stattgefundene Wahl für ungültig erklärt worden war.

Ein treffendes Bild von der Regsamkeit der christlich organisierten Kollegen hier am Orte haben die in letzter Zeit getätigten Wahlen gezeigt. Am 27. Oktober fand die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse, und am 12. h. M. die Stadtbüchereiwahl statt.

Soziales.

Auf ein eigenartiges Sparsystem mancher Krankenkassen

wurde in der Kreisversammlung der Apotheker in Potsdam hingewiesen. Die kaum glaubhaft klingenden Mitteilungen wurden von verschiedenen Seiten bestätigt und sollen noch die Apotheker-Kammer Berlin-Brandenburg beschäftigen.

Das System besteht darin, daß jeder Kollege eine bestimmte Summe an der Krankenkasse einlegt, die er dann wieder zurückbekommt, wenn er in den Krankendienst tritt.

Es ist das ein sehr interessantes System, das wir nicht nur in Potsdam, sondern auch in anderen Orten beobachten können. Es ist wohl ein Versuch, die Arbeiter zu sparen, indem sie durch ihre eigenen Beiträge zu einer Art Reserve kommen.

Die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis 30. September 1907 von den 31 Versicherungsanstalten und den 10 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidenrenten betrug 1 489 454.

Darüber hinaus wurden seit dem 1. Januar 1907 75 453 bewilligt. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen 54 609 weggefallen, so daß am 1. Oktober 1907 20 844 Renten liefen.

Die Zahl der während dieses Zeitraumes bewilligten Altersrenten betrug 456 723. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen 338 028 Renten weggefallen, so daß am 1. Oktober 1907 118 695 Renten liefen.

Die Zahl der während dieses Zeitraumes bewilligten Invalidenrenten (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1907 75 453 bewilligt. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen 54 609 weggefallen, so daß am 1. Oktober 1907 20 844 Renten liefen.

Die Zahl der während dieses Zeitraumes bewilligten Altersrenten betrug 456 723. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen 338 028 Renten weggefallen, so daß am 1. Oktober 1907 118 695 Renten liefen.

Die Zahl der während dieses Zeitraumes bewilligten Invalidenrenten (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1907 75 453 bewilligt. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen 54 609 weggefallen, so daß am 1. Oktober 1907 20 844 Renten liefen.

Die Zahl der während dieses Zeitraumes bewilligten Altersrenten betrug 456 723. Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen 338 028 Renten weggefallen, so daß am 1. Oktober 1907 118 695 Renten liefen.

Die Zahl der während dieses Zeitraumes bewilligten Invalidenrenten (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1907 75 453 bewilligt. Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen 54 609 weggefallen, so daß am 1. Oktober 1907 20 844 Renten liefen.

zingen ergibt sich folgende Reihenfolge: Berlin 95 M., Silesien 60 M., Schleswig-Holstein 55 M., Rheinland 51 M., Brandenburg 50 M., Hannover 49 M., Westfalen 47 M., Sachsen 44 M., Pommern 43 M., Ostpreußen 39 M., Mecklenburg 38 M., Westpreußen 38 M., Preußen 35 M.

Baunfälle.

Vollingen (Saar), den 13. November. Heute vormittags in der Viktoriastraße ein Neubau, an welchem bereits das Dach aufgeschlagen war. Ein Baumstamm darauf beschleunigten die Arbeiter wurden fünf getötet, die übrigen mehr oder weniger verletzt.

Ruhorst, 13. November. Heute vormittags gegen 8 Uhr eignete sich an dem Neubau der evangelischen Kirche in Dlg. ein Unglücksfall. Der Maurer Johann Wittenhorst aus W. Mitglied unseres Verbandes, war an einem großen Fenster beschäftigt, dessen Querstübe aus Haussteinen besteht.

Der Maurer wurde durch den Einsturz eines Querstübes in die Tiefe, die die Steinflucht folgte dem Unglückslichen, aber glücklicherweise traf keiner. Er trug einen Beinbruch und mehrere Kopfverletzungen davon.

Das Querstübe wurde durch die starke Spannung der Querstübe in die Tiefe, die die Steinflucht folgte dem Unglückslichen, aber glücklicherweise traf keiner. Er trug einen Beinbruch und mehrere Kopfverletzungen davon.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Aus Mülheim wird uns mitgeteilt, daß zugewiesene Mitglieder in anderen Orten Unterstützung erhalten haben, trotzdem sie bis jetzt weder Beiträge einbezogen. Wir geben daher nochmals bekannt, daß ohne Anweisung des Zentralvorstandes Unterstützung von Geldern der Zentralkasse nicht zur Zahlung gelangen dürfen.

Betr. Beitragsmarken.

Der Beschluß des Zentralvorstandes sollen für das Jahr 1908 neue Beitragsmarken eingeführt werden. Die in diesem Jahre verwendeten verlieren mit dem 1. Januar 1908 ihre Gültigkeit und sind etwaige Bestände bei Einbringung der Abrechnung für das IV. Quartal mitzubringen.

Bekanntmachungen.

Betreffend Quittungsmarken.

An die Geschäftsstelle sind mehrere Anfragen ergangen, auch die Quittungs- und Losfallsolomarken für das nächste Jahr herausgegeben würden. Um weiteren Anfragen vorzugehen teilen wir mit, daß nur die Beitragsmarken neu werden.

Als verloren werden gemeldet die Buch-Nr. 81352 lautend auf Moys Kruse und 91 615 lautend auf Albert Swigulski von der Zahlstelle Herne i. W.

Aufforderung! Die Mitglieder, welche den Aufsicht der Bauhilfsarbeiters Franz Werynski, geb. am 24. März 1870 zu Wobojnielwo, Buch-Nr. 15 549, kennen, werden gebeten, dieses zu Popol Wrehler, Herne i. W., Kalkstraße 22, mitzuteilen.

Aachen. Die Zahlstellenkassierer und Vorstände aus der Zahlstellen, deren Mitglieder aller Berufs in Aachen arbeiten worden, hierdurch nochmals aufgefordert, die Mitgliedsbücher einzuziehen und unverzüglich an der Geschäftsstelle Aachen, P. O. Straßstraße 56 abzuliefern.

Zweck der Buchereinzahlung ist, Eintragung in ein Verzeichnis, welches auf der Geschäftsstelle angelegt worden muss. Die Rückgabe erfolgt sofort, wenn die Eintragung erfolgt ist.

NB. Bei den bisher eingelieferten Büchern befindet sich ein grosser Teil, welcher sehr beschädigt und verschliffen ist. Da mit der längeren Dauer der Mitgliedschaft die Bücher immer mehr an Wert steigen, ersuchen wir alle Mitglieder, zur Schonung des Mitgliedsbuches sich ein Futteral zu kaufen, die auf der Geschäftsstelle zu haben sind und bei den Kassierern bestellt werden können.

Zahlstelle Jugoſtadt. Sonntag, den 24. November, vormittags 10 Uhr, im „Frühlingsgarten“, Monatsversammlung. Infolge wichtiger Tagesordnung wird um vollzähliges Erscheinen ersucht.

Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik

Ramberg (Pfalz). Billigste und vorteilhafteste Bezugsquelle für alle Sorten Bürstenwaren für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen in eingepackten Mustern prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.